

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
10.12.2014
- 3 Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit der Parkanlagen am Pfingstberg
Fraktion DIE LINKE
monatliche Information (aus HA 26.11.14)
- 4 Sachstandsbericht zur Nutzung des Parks der Villa Henckel und der Villa
Schlieffen in der Potsdamer Weinmeisterstraße
(HA 26.11.2014)
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Diagnostik GmbH
Vorlage: 14/SVV/0789
Fraktion DIE aNDERE
- 5.2 Nebentätigkeiten des Geschäftsführers der Luftschiffhafen GmbH
Vorlage: 14/SVV/0989
Fraktion DIE LINKE
- 5.3 Mieterinitiative Großbeerenstraße
Vorlage: 14/SVV/1079
Fraktion DIE LINKE
- 5.4 Verkehrsrat
Vorlage: 14/SVV/0900
Fraktion CDU/ANW
- 5.5 Fachausschuss Kultur und Wissenschaft
Vorlage: 14/SVV/0937
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 6 Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen im
Wohnungsverbundsystem Grotrianstr. 13, 14480 Potsdam
- 7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Information über das Verhandlungsergebnis mit dem Land Brandenburg zu den Grundstücken Fachhochschule Potsdam und Rechenzentrum gemäß Beschluss: 14/SVV/0947
- 7.2 Sachstandsbericht Städtepartnerschaften 2014
Vorlage: 14/SVV/1169
Oberbürgermeister, Bereich Marketing
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und wünscht allen ein erfolgreiches neues Jahr.

Im Weiteren informiert er über die heutige Bombenentschärfung und über die besondere Problematik bei diesem Grundstück. Durch eine 4 Meter hohe Aufschüttung, in der sich viel Altmetall befindet, werde die Suche erheblich erschwert. Deshalb erfolge die Beräumung im Zuge der Bauarbeiten und sei erst zu einem Drittel erledigt. Darüber hinaus sei davon auszugehen, dass es weitere Funde geben werde, da dieses Gebiet (ehemaliger Güterbahnhof) besonders stark bombardiert wurde. Alle Flächen in der Stadt prophylaktisch abzusuchen, werde nicht umzusetzen sein, so dass sich die Stadt auf Schwerpunkte wie Kitas, Schulen und Krankenhäuser beschränke. Er bedankt sich bei allen Helfern, die u.a. im Dezember spontan zur Verfügung stehen mussten, wie die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, aber auch die Freiwilligen Feuerwehren.

Im Weiteren verweist er auf eine erfolgreiche Bundesratsinitiative der Länder Brandenburg und Niedersachsen zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kampfmittelbeseitigung. Bislang zahle der Bund nur für die Entschärfung „reichsegener Munition“.

Auf Anregung von Herrn Dr. Scharfenberg sagt er einen Sachstandsbericht im Jahr 2015 zu, wie mit dieser Problematik auch präventiv im Weiteren umgegangen werde.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.12.2014

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

Der Tagesordnungspunkt 5.4 – Verkehrsrat, soll zurückgestellt werden, da hierzu mit der Verwaltung noch Abstimmungen erfolgen.

Der Tagesordnungspunkt 6 – Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen – hierzu liegt eine Vorlage für den nicht öffentlichen Teil vor, da es sich hierbei um eine Vergabe handelt. Damit ist der Punkt im öffentlichen Teil zu streichen.

Erweitert werden soll die Tagesordnung um eine Information zur Berichterstattung zum Bewirtschaftungskonzept Volkspark unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 15 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 8. Sitzung des Hauptausschusses vom 10.12.2014 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit der Parkanlagen am Pfingstberg
Fraktion DIE LINKE

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden gemeinsam behandelt.

zu 4 Sachstandsbericht zur Nutzung des Parks der Villa Henckel und der Villa Schlieffen in der Potsdamer Weinmeisterstraße
(HA 26.11.2014)

Zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4, so der Oberbürgermeister, sei eine monatliche Information in der Hauptausschusssitzung am 26.11.14 vereinbart worden.

Anschließend informiert Herr Goetzmann, dass es im Dezember eine erste Antragskonferenz gegeben habe, in der ein schrittweises Vorgehen bestätigt worden sei. Dem liege die Kernerkenntnis zu Grunde, dass die Durchgänglichkeit und die Parknutzung für die Öffentlichkeit nur Schritt für Schritt entwickelt werden könne. Ebenso gelte es, die Absicherung des privaten Bereiches und dessen denkmalgerechte Integration in das Gesamtvorhaben umzusetzen. Im Weiteren wurde sich zu naturschutzrechtlichen Aspekten verständigt, wie Baumschnittmaßnahmen und Baumfällungen, deren Prüfung und Genehmigung durch die untere Naturschutzbehörde im Block erfolgen solle. Noch vor Ende der Winterperiode werde es erste Fällungen geben.

In der Beantwortung der Nachfragen zur Rechtmäßigkeit des Bauzauns verweist er auf eine Einigung aller Beteiligten, diesen jetzt so zu belassen. Zur Nachfrage von Herrn Wellmann, was in den nächsten zwei Monaten passieren werde, benennt Herr Goetzmann die Klärung der Zugänglichkeit, die Zaunführung, die Nutzbarkeit und die zeitliche Schrittfolge, wie das erreicht werden könne, so dass der Investor den Rahmen kenne. Er sagt zu, diesen „Staffelplan“ auch im Hauptausschuss vorzustellen. Im Weiteren gehe er davon aus, dass bis Ende April Ergebnisse vorliegen werden.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Diagnostik GmbH
Vorlage: 14/SVV/0789
Fraktion DIE aNDERE

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Prof. Wenisch und Frau Brau vom Klinikum Ernst von Bergmann. Er verweist darauf, dass die Frage eines neuen Verhandlungsführers der Gewerkschaft nach wie vor nicht abschließend geklärt sei. Herr Prof. Wenisch ergänzt, dass bei einem Treffen am 22.12.2014 seitens ver.di eine neue Person benannt wurde, die Kontakt mit dem Klinikum aufnehmen sollte. Dies sei bis zum Beginn der Sitzung des Hauptausschusses jedoch nicht geschehen.

Herr Linke betont, dass er den Antrag nach wie vor für abstimmungsfähig halte und eine weitere Zurückstellung für nicht rechens. Eine diesbezügliche Beschwerde habe die Fraktion bei der Kommunalaufsicht eingereicht.

Der Oberbürgermeister betont, dass er eine Abstimmung nach wie vor für verfehlt halte, da sie das Verhandlungsergebnis schon im Vorfeld festlege.

Daraufhin stellt Herr Linke den **Geschäftsordnungsantrag**, über den vorliegenden Antrag in der heutigen Sitzung abzustimmen.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, diesen Antrag auf die nächste Sitzung zu verschieben, da sich der Hauptausschuss darauf verständigt habe, die Verhandlungspartner anzuhören. Sollte sich bis zum 21.01.2015 nichts an der jetzigen Situation geändert haben, könne immer noch abgestimmt und eine Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 28.01.2015 gegeben werden.

Herr Heuer betont, dass er sich nicht in der Lage sehe, über diesen Antrag abzustimmen, ohne die Verhandlungspartner gehört zu haben und ohne die Auswirkungen dieser Entscheidung zu kennen. Herr Schubert spricht sich für eine Versachlichung der Diskussion aus und bittet, den Standpunkt des Klinikums zusammengefasst schriftlich darzulegen, um dies in der Entscheidungsfindung berücksichtigen zu können.

Herr Schultheiß merkt an, dass es auch in 14 Tagen nicht die Sache des Hauptausschusses und der Politik sei, sich um Tarifvertragsverhandlungen zu kümmern.

Anschließend wird der GO-Antrag, in der heutigen Sitzung über den vorliegenden Antrag abzustimmen, zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich **abgelehnt**, bei einer Ja-Stimme.

zu 5.2 Nebentätigkeiten des Geschäftsführers der Luftschiffhafen GmbH
Vorlage: 14/SVV/0989
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass sich der Hauptausschuss dazu bereits zweimal verständigt habe und bittet die Antragstellerin, sich zum weiteren Verfahren zu äußern.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, nur den ersten Absatz zur Abstimmung zu stellen und in diesem das Wort „die“ in der ersten Zeile zu streichen. Ebenso sollen die Sätze 2 und 3 gestrichen werden.

Im Verlauf der Diskussion verweist Frau Hartmann auf einen bereits gefassten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung – DS 14/SVV/0771 – mit dem diesem Anliegen Rechnung getragen werde. Die Geschäftsführer seien bereits

angeschrieben worden, um die entsprechenden Informationen zur Verfügung zu stellen, die im nächsten Ergänzungsband des Beteiligungsberichtes mit aufgeführt werden.

Daraufhin stellt Herr Kirsch den Geschäftsordnungsantrag:

Der Antrag ist erledigt.

Dieser wird mit Stimmenmehrheit, bei 6 Nein-Stimmen **angenommen**.

zu 5.3 Mieterinitiative Großbeerenstraße

Vorlage: 14/SVV/1079

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister informiert, dass entsprechend der Verständigung in der letzten Hauptausschusssitzung ein Gesellschafterbeschluss gefasst wurde, der die Interessen der Mieter berücksichtigt. Über den Inhalt könne er aber nur im nicht öffentlichen Teil berichten.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, den Antrag bis Ende des I. Quartals zurückzustellen und dann noch einmal aufzurufen, um zu sehen, ob sich der Vorgang dann erledigt habe.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Kirsch beantragt, im nicht öffentlichen Teil über den Gesellschafterbeschluss zu informieren.

Dies sagt der Oberbürgermeister zu.

zu 5.4 Verkehrsrat

Vorlage: 14/SVV/0900

Fraktion CDU/ANW

zurückgestellt

zu 5.5 Fachausschuss Kultur und Wissenschaft

Vorlage: 14/SVV/0937

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Der Oberbürgermeister informiert über das Votum des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft, der diesem Antrag unter Streichung des letzten Spiegelstriches zugestimmt hat.

Da kein Redebedarf besteht, wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgende Änderung der Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam zu beschließen:

§ 10 Ausschuss für Kultur und Wissenschaft

Der Ausschuss ist zuständig für:

Spiegelstriche 1 bis 6 bleiben bestehen (betreffen den Bereich Kultur)

Zusätzlich sollen folgende Spiegelstriche aufgenommen werden:

- Angelegenheiten der Zusammenarbeit der Stadt mit den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
- Beschlussvorlagen der SVV, die sich mit Förderung der Wissenschaft und des Wissenstransfers, der Förderung der Bildung in Zusammenhang mit Wissenschaft oder der Förderung von Kultur und Kunst in Zusammenhang mit Wissenschaft beschäftigen
- Angelegenheiten von Wissenschaftskommunikation und -marketing der Stadt
- ~~Mitwirkung in dem städtischen Verein Pro Wissenschaft e.V. durch Entsendung von einem Vertreter des Ausschusses in den Vorstand und zwei Vertretern in das Kuratorium.~~

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 6 Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen im Wohnungsverbundsystem Grotrianstr. 13, 14480 Potsdam

siehe nicht öffentlicher Teil

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Information über das Verhandlungsergebnis mit dem Land Brandenburg zu den Grundstücken Fachhochschule Potsdam und Rechenzentrum gemäß Beschluss: 14/SVV/0947

Herr Klipp verweist auf den vereinbarten Maßnahme- und Aktionsplan. Für Dezember sei darin die europaweite Ausschreibung des Neubaus und die Auftragsvergabe an einen Generalunternehmer vereinbart worden. Dass dies so geschehen sei, habe das Wissenschaftsministerium auf Nachfrage bestätigt.

**zu 7.2 Sachstandsbericht Städtepartnerschaften 2014
Vorlage: 14/SVV/1169**

Oberbürgermeister, Bereich Marketing

Frau Dr. Sommer erläutert die Mitteilungsvorlage und beantwortet die Rückfragen von Frau Dr. Schröter zur finanziellen Ausstattung der Vereine und zur Planung des Gegenbesuchs aus Sansibar. Sie betont, dass nicht immer die von den Vereinen beantragte Höhe gewährt werden könne; trotzdem sei der Etat für die 6 Städtepartnerschaften auskömmlich. Werden es mehr, müsse der Rahmen auf Grund der Haushaltssituation enger gesteckt werden. Die Vereine seien sehr engagiert, so werden z. B. Gastfamilien gesucht, die kostenlos Unterkünfte zur Verfügung stellen.

Der Gegenbesuch aus Sansibar, so der Oberbürgermeister, sei noch nicht konkret terminiert, aber für April/Mai 2015 vorgesehen.

Frau Müller betont, dass die Städtepartnerschaften auch die Stadt bereichern und bedankt sich für die engagierte Arbeit des Bereiches Marketing. Gleichzeitig

plädiert sie dafür, das Budget zu erhöhen, wenn wie geplant weitere Städtepartnerschaften hinzukommen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Sonstiges

Bewirtschaftungskonzept Volkspark

Herr Klipp informiert, dass seitens des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld die Ergebnisse bis zum 15.01.15 erarbeitet werden. Anschließend können diese in einer der folgenden Hauptausschusssitzungen präsentiert werden.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, dies in die Tagesordnung der Hauptausschusssitzung am 11.2.15 aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.